
1633/J XXII. GP

Eingelangt am 25.03.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Doris Bures
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Anfragebeantwortung 1343/AB

In der Anfragebeantwortung zur schriftlichen Anfrage 1390/J betreffend Absiedelung des Gerichtsgebäudes Riemergasse - ein ganzes Viertel stirbt! wird als Grund für die Leerstellung des Gerichtsgebäudes Riemergasse lediglich die Aufkündigung des Mietvertrages durch das Bundesministerium für Justiz genannt. Weiters führt der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit aus, dass eine Untersuchung des Instituts für Hochbau und Industriebau der TU Wien unter Leitung von Prof. Achhammer zeigte, dass bei allen untersuchten Verwertungsvarianten höhere Mieten als bisher erzielbar sein mussten.

Faktum ist, dass das Gerichtsgebäude seit 1. September 2002, d.h. 1,5 Jahre, ungenutzt leersteht und bisher keine erfolgreichen Schritte hinsichtlich einer Nutzung dieses historischen Gebäudes sowie einer Wiederbelebung dieses Bezirksteiles gesetzt wurden.

Neben der ungenügenden Beantwortung der Frage 3. der parlamentarischen Anfrage 1390/J, blieben auch Fragen 6. und 7. hinsichtlich der Gründe für die mangelnden Nachnutzungsmöglichkeiten sowie einer entsprechenden Akzentsetzung durch das BMWA unbeantwortet.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Aus welchen Gründen ist es seit 1. September 2002 nicht gelungen, das Gerichtsgebäude Riemergasse einer entsprechenden Verwendung zuzuführen?
2. Ab welchem Zeitpunkt war bekannt, dass das Bundesministerium für Justiz den Mietvertrag mit der Bundesimmobilienges.m.b.H. (BIG) aufkündigen wird und ab welchem Zeitpunkt wurden durch die BIG Initiativen hinsichtlich einer Neuvermietung gesetzt?
3. Welcher monatlicher Mietpreis wurde durch das Institut für Hochbau und Industriebau an der TU Wien für das Gerichtsgebäude Riemergasse errechnet und welche Einnahmen sind dem Bund bzw. der BIG seit 1. September 2002 durch die Nichtvermietung entgangen?
4. Welche Entwicklungs- und Verwertungsüberlegungen wurden durch die BIG eingeleitet und inwieweit wurden in diese Überlegungen auch Einflüsse auf die Bezirksinfrastruktur einbezogen?